

Die außerparlamentarische Opposition und die Friedensbewegung

Eine APO Analyse zum Zustand der deutschen Friedensbewegung nach dem bundesweiten Friedensratschlag vom 10.-11.12.2022 in Kassel, von Mona Aranea, Soziologin, Pressesprecherin der außerparlamentarischen Opposition in Düsseldorf, 16.12.2022

Die maßnahmenkritische Grundrechtebewegung hat die grundgesetzwidrige Pandemiepolitik weitgehend in die Schranken gewiesen. Vorerst. Doch schon steht der nächste große Konflikt zwischen Bürgern und Regierung an: die eskalierenden außenpolitischen Eskapaden der Bundesregierung, vor allem die Waffenlieferungen in Kriegsgebiet und der Wirtschaftskrieg mit Russland, schaden nicht nur dem deutschen Staatshaushalt und Wirtschaftsstandort, sondern sie machen Deutschland faktisch zur Kriegspartei. Wenn wir dem Wahnsinn nicht Einhalt gebieten, werden wir die verwitterten Tafeln auf deutschen Soldatenfriedhöfen erneuern und erweitern müssen, weil wir erneut Familienmitglieder an die Ostfront verlieren werden. Grundrechtebewegung und Friedensbewegung müssen am 18. Februar 2023 in München dem NATO-Kriegsrat, euphemistisch „Sicherheitskonferenz“ genannt, gemeinsam die Stirn bieten.

Der bundesweite Friedensratschlag in Kassel am 10. und 11. Dezember 2022 gibt uns Grund zum Optimismus. Wer als Grundrechtsaktivist geglaubt hat, er sei unter deutschen Friedensaktivisten in der Minderheit, hat sich getäuscht. Mehrere Aktive aus lokalen Friedensbündnissen outeten sich in Diskussionsrunden als Spaziergänger oder gar Organisatoren oppositioneller Kundgebungen. Diskutierende auf dem Podium äußerten Kritik an der Pandemiepolitik und forderten unter breitem Applaus ein Ende der Spaltung der Gesellschaft. Die Politik der Spaltung ist überall auf dem Rückzug. Einzelne Zersetzungsversuche vom Podium wie Forderungen, sich einerseits gegen „Verschwörungstheoretiker“ abzugrenzen, oder andererseits den Schulterschluss mit den extremistischen Klimaklebern der letzten Generation zu suchen, ernteten jede Menge Widerspruch aus dem Publikum. Bereits jetzt denken zahlreiche Initiativen wirtschaftliche Belange und die Friedensfrage zusammen – damit ist die Friedensbewegung auch anschlussfähig an sanktionskritische Unternehmergruppen und deren Forderung nach „Nord Stream statt Ruin“. Die deutsche Friedensbewegung schwimmt, im Gegensatz zur deutschen Bundesregierung und den im Bundestag vertretenen Parteien, nicht im Kielwasser der NATO. Sie ist damit eindeutig eine oppositionelle Bewegung. Friedensbewegung und Grundrechtebewegung gehört beide zur außerparlamentarischen Opposition in Deutschland.

Es gibt einen breiten gemeinsamen Konsens rund um die Werte Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Frieden zwischen den lokalen Friedensinitiativen des Friedensratschlags einerseits sowie zwischen ihnen und der Grundrechtebewegung andererseits. Wortführer auf der Konferenz in Kassel waren Brückenbauer wie Rainer Braun vom International Peace Bureau. Die aus dem Maßnahmenprotest hervorgegangene Oppositionspartei dieBasis durfte sich ebenso wie die traditionelle Anti-Kriegspartei dieLinke mit einem Infostand an der Konferenz beteiligen. Grüne Parteigänger waren nicht auf der Konferenz – oder es wollte sich niemand von ihnen outen. Die olivgrüne Kriegstreiberpartei erntete auf dem Podium wie im Publikum einigen Spott für ihre „feministische Außenpolitik“ und ihre kreative Friedenspolitik á la „Frieden schaffen mit Waffen“. Bereits beim NRW-Wahlkampfabschluss der Grünen im Mai 2022 standen Abrüstungsinitiativen Seite an Seite mit Maßnahmengegnern auf dem Kölner Heumarkt und buhten die Grünen Kriegstreiber aus. Gut so.

Es liegt an uns als demokratischer Souverän, die Öffentlichkeit gegen die deutsche Kriegsfinanzierung in Stellung zu bringen und so einen Beitrag dazu zu leisten, die NATO an den Verhandlungstisch zu zwingen. Der ehemalige UN-Diplomat Michael von der Schulenburg fasste auf dem Kasseler Friedensratschlag die Aussichten für die Ukraine prägnant zusammen. Es sei möglich, so von der Schulenburg, dass die zunehmend entvölkerte und komplett von außen finanzierte Ukraine von selbst in sich zusammenfalle und kapitulieren müsse. Auch sei es möglich, dass eine militärische Eskalation der geopolitischen Konkurrenz zwischen China und den USA letztere zwingt, den Frieden mit Russland zu suchen. Nun sind natürlich weder ein zusammenbrechender Staat in der Ukraine noch ein weltumspannender Krieg zwischen den USA und China erstrebenswerte Optionen für irgendjemanden außer den wenigen, die an menschlichen Katastrophen verdienen. Weshalb von der Schulenburg es für dringend notwendig erachtet, dass die deutsche Zivilgesellschaft gegen den Krieg mobilisiert, um über öffentlichen Druck Verhandlungen zu erzwingen. Sein vor kurzem in der Berliner Zeitung erschienener Artikel „In der Ukraine sollte die EU nicht den USA folgen sondern nach Frieden streben“¹ entspricht der Stimmung in der deutschen Friedensbewegung und auf den Kasseler Friedensratschlag.

Der Souverän, das sind wir alle. Die deutsche Friedensbewegung hat stabile Strukturen, die der Grundrechtebewegung fehlen. Man kennt sich teilweise seit vielen Jahren. Die meisten maßnahmenkritischen Initiativen hingegen bestehen aus Menschen, die einander vor dem Hereinbrechen der Pandemiepolitik über uns überhaupt nicht kannten. Wir sind immer noch dabei, Maulwürfe und Schwindler auszusortieren. Die Friedensbewegung ist sehr gut in der Lage, ihre Kernaktivitäten wie Konferenzen, lokale Infostände, Demonstrationen und Flyer vor extremistischer und zersetzender Unterwanderung zu schützen. Radikale Schwätzer und Spalter gibt es auch in der Friedensbewegung und gab es auch auf dem Friedensratschlag in Kassel. Schwätzer fordern mehr radikale Kapitalismuskritik und erklären damit konkrete politische Veränderungsbemühungen ohne „Systemwechsel“ für müßig. Spalter fordern Abstand von „Rechten“ und wollen damit alle von der Friedensarbeit abhalten, die keine eingefleischten Marxisten oder zumindest beinharte Sozialisten sind. In der Friedensbewegung fristen solche Zersetzer ein tristes Dasein. Sie werden ab und zu ausgebuht, in der Regel aber schlicht ignoriert. Jeder kennt sie, niemand nimmt sie ernst.

Soweit sind wir in der Grundrechtebewegung noch nicht. Die meisten maßnahmenkritischen Bürgerinitiativen sind noch dabei, Visionäre von Schwätzern und interne Kritiker von Zersetzern unterscheiden zu lernen. Ausgerechnet die Grundrechtebewegung, die die Massen mobilisiert hat für das ganz konkrete individuelle Grundrecht auf freie Impfscheidung, beschäftigt sich heute mancherorts mehr mit dem theoretischen Verfassungsrang des Grundgesetzes als mit seiner konkreten Durchsetzung über kollektive Organisation. Die Friedensbewegung mag anfällig sein für die Narrative der Regierungsparteien, nicht zuletzt wegen ihrer traditionellen Nähe zur Linkspartei, aber ihre starken persönlichen Beziehungen untereinander befähigen alle Friedensinitiativen zum zivilisierten Streit. Alle eint das gemeinsame Ziel des Friedens. Die oppositionelle Grundrechtebewegung treibt weiter die Aufarbeitung der Pandemiepolitik voran, sollte aber darüber hinaus auch weiter ihre Mobilisierungsmasse für Frieden, Freiheit und Demokratie auf die Straße bringen. Wer Frieden will, muss gegen den Krieg protestieren. Wer, wenn nicht wir.

¹ <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/in-der-ukraine-sollte-die-eu-nicht-den-usa-folgen-sondern-nach-frieden-streben-li.230237>